

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 10

Artikel: Feindfunktionen in Mittelamerika
Autor: Mann, Golo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Feindfunktionen in Mittelamerika

Unser ZeitBild-Mitarbeiter Werner Eugster hat ein Gespräch mit dem Historiker und Schriftsteller Golo Mann geführt. Das Thema ist Mittelamerika, speziell Nicaragua. Prof. Golo Mann sieht keine Lösung bei den Sandinisten und kein Gegengift bei den Contras.

Professor Golo Mann, in einem anderweitigen Beitrag haben Sie geschrieben: «Die USA waren durchaus bereit, Castro zu akzeptieren, ja ihm sogar wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Es war Castro, der sich gegen die USA stellte, weil er einen Feind brauchte, um seine Diktatur zu festigen, und der, da er in der Folge sowjetische Hilfe erbat und erhielt, spät seine «marxistisch-leninistischen» Überzeugungen entdeckte.»

Gibt es da nicht eine Parallele zu Nicaragua? Die Sandinisten erhielten vom damaligen Präsidenten Carter erhebliche wirtschaftliche Hilfe und sogar, mindestens indirekt, politische Unterstützung. Das änderte sich erst unter der Reagan-Administration Anfang 1981, also fast zwei Jahre nach dem Sturz von Somoza.

Inwieweit sehen Sie nun eine Parallele zwischen der revolutionären Entwicklung in Kuba und in Nicaragua? Könnte man nicht auch im Falle der Sandinisten sagen, sie hätten sich nur deshalb gegen die USA gewandt, weil sie einen Feind brauchten, um auch ihre Diktatur zu festigen?

Tatsächlich war die erste USA-Reise Castros buchstäblich ein Triumphzug gewesen. Auf die Bitte des Staatsdepartements hatte er auch Wirtschaftsfachleute mitgebracht, um über nordamerikanische Wirtschaftshilfe zu verhandeln. Indessen verbot er seinen Leuten, über

die Annahme von irgendwelcher Unterstützung oder Hilfe bindende Zusagen zu machen. Genau deshalb, weil Castro einen Feind brauchte, konnte er keine Hilfe von den USA annehmen.

In der Tat besteht eine gewisse Parallele zu Nicaragua. Kein Zweifel, den Comandantes in Managua schwebt ein System nach kubanischem Vorbild vor; darauf wollen sie hinaus. Nicht von ungefähr stehen ihnen einige tausend kubanische Berater zur Seite. Überdies ist es ja auch sonnenklar, dass Kuba seinerseits von der Sowjetunion protegiert wird, ohne deren finanzielle Hilfe es gar nicht mehr bestehen könnte. Dafür hat es mit Gegenleistungen aufzuwarten. Das führt uns bis nach Angola, wo Kuba auch noch seinen Blutzoll entrichten muss.

Nun ist aber Nicaragua für die USA geopolitisch gefährlicher als Kuba. Nicaragua grenzt an den Atlantik und den Pazifik zugleich; im Süden befindet sich der Panamakanal, im Norden Mexiko. Man braucht kein sonderlicher Strategie zu sein, um zu begreifen, dass sich die Sowjets gerne an dieser Schmalstelle des Kontinents niederlassen.

Wenn man im Zusammenhang mit Nicaragua die Ursachen des Konflikts genau ergründen will, stösst man auf gegensätzliche Ansichten. Für die Oppositionsbewegung im Lande selbst oder im Exil ist die Abkehr des sandinistischen

Regimes von einer ursprünglich demokratisch verstandenen Revolution, der Verrat an ihren Idealen, die eigentliche Ursache des Konflikts; alles andere, also Bürgerkrieg, zivile Opposition, die Contras und natürlich auch die US-Unterstützung für diese, wäre bloss die Folge davon.

Andere sehen es gerade umgekehrt: Die Ursache sei die nordamerikanische Einmischung und Contra-Hilfe und erst die Folge davon eine aus Sicherheitsgründen eingeschränkte Demokratie, die sich sofort öffnen würde, falls die Contras das Feuer einstellen, die zivile Opposition sich in den Revolutionsprozess einfügen und die USA sich nicht mehr einmischen würden.

Die extremste Auslegung stammt von den Sandinisten selbst. Laut ihnen hat die Revolution dem Lande die Demokratie bereits weitgehend gebracht. Das Volk habe sich für den Sandinismus entschieden, und es sei allein die Schuld der USA, dass Nicaragua keinen Frieden finde.

So wie diese verschiedenen Auffassungen dargelegt sind, scheinen sie alle zusammen zu stark vereinfacht. Aber welche Version kommt für Sie der Wahrheit am nächsten?

Es gibt da natürlich eine etwas schwierige Dialektik, ein bisschen so wie die Frage vom Huhn und vom Ei. Aber fundamental ist es schon richtig, dass die Abkehr des Regimes von den demokratischen Zielen der Revolution die eigentliche Ursache des Konflikts darstellt; er ist im wesentlichen die Folge davon. Der Verrat der Comandantes muss ausschlaggebend gewesen sein, denn ohne diesen hätten die Contras nicht entstehen können. Vorausgesetzt, in Managua wäre eine vernünftige demokratische Regierung eingesetzt worden, hätten sich die USA ohne Zweifel damit zufriedengegeben.

Aber heute sind die USA diesen zweifelhaften Contras ausgeliefert, diesen undurchschaubaren Leuten, ob es nun Patrioten oder Ex-Offiziere Somozas sind. Gut, irgendwoher müssen sie sich ja auch ihre militärischen Fachleute holen, aber ich hasse diese Rebellen, überall, ganz gleich ob in El Salvador, Nicaragua oder Kolumbien. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner der Guerillas; es sind grausame, fanatische Nichtsnutze; denken Sie nur an den Sendero Luminoso in Peru.

Andererseits scheint aber die Lage in Nicaragua für eine friedliche Lösung ziemlich hoffnungslos zu sein, oder sehen sie noch eine andere Alternative als die militärische?

Ja, das wird wohl so weitergehen. Aber wissen Sie, einer der vielen Aberglauben der Amerikaner ist die Macht des Dollars. Die Frage ist aber: Was geschieht mit dem Geld? So ist schon früher der grösste Teil der US-Hilfe für China bei Mao gelandet. 50 oder auch 100 Millionen Dollar sind in der Tat nicht viel. Auch ist der Vietnamkomplex bei den Amerikanern

immer noch vorhanden, und vor einem direkten militärischen Eingriff scheuen sie zurück. Ich glaube, es wird jetzt tatsächlich noch zwei Jahre so weitergezottelt werden; dann kommt ein neuer Präsident, wahrscheinlich ein Demokrat, und wenn der dann das Richtige täte... Aber bis dahin hat sich in Nicaragua der Bolschewismus wohl schon etabliert.

Man wirft den USA immer wieder vor, sich zu stark oder auch zu ungeschickt in Mittelamerika einzumischen. Andererseits muss man aber das anerkennen, was die USA mit ihrer Freiheit, mit ihrer Kultur und mit ihrem Wohlstand den armen südlichen Nachbarländern anzubieten haben. Wieviel US-Einflussnahme in dieser Region halten Sie für gerechtfertigt, wieviel davon halten Sie für überlassen?

Die USA halten das Prinzip der Selbstbestimmung aller Völker durchaus hoch. Trotzdem haben sie in mehreren Fällen in ihren Einflusszonen wie Mexiko, Zentralamerika und der Karibik direkt oder indirekt eingegriffen. Von dieser Politik gewaltsamer Eingriffe sind mehrere Präsidenten abgegangen: Roosevelt, Kennedy, Carter und, auch das muss man sagen, Reagan. Ein Beispiel dafür ist Reagans Haltung beim Sturz von Marcos auf den Philippinen, ein anderes Beispiel seine Haltung beim Machtwechsel in Haiti. So konservativ er auch ist, sein Glaube an die Menschenrechte ist durchaus ehrlich.

Nun gibt es tatsächlich Leute, welche die amerikanische Invasion in Grenada der sowjetischen Invasion in Afghanistan gleichsetzen, obwohl es sich um grundverschiedene Dinge handelt. Auf Grenada jubelten die Leute den US-Soldaten zu, als das verhasste Regime endlich verjagt war. Sogar der Erzkommunist Garcia Marques bezeichnete Coard, den Mörder von Bishop, als «matón» (Schläger). Es grenzt an Schwachsinn, Grenada und Afghanistan einander gleichsetzen zu wollen. Auf Grenada wurden die amerikanischen Truppen als Befreier gefeiert, und als ihre Anwesenheit nicht mehr nötig war, verliessen sie die Insel. In Afghanistan tobt seit Jahren ein erbarmungsloser Kampf, weil die Afghanen das sowjetisch gestützte Regime eben nicht wollen.

Was aber hätten die USA nach dem Sturz des Somoza-Regimes tun sollen? Man hätte die neuen Leute sofort nach Washington holen müssen: «Ihr wollt den Sozialismus? Gut, davon könnt ihr haben, soviel ihr wollt. Wir helfen euch wirtschaftlich (was die USA anfänglich ja auch taten). Was wir hingegen unter keinen Umständen dulden können, das ist eine sogenannte Hilfe wirtschaftlicher oder gar militärischer Art seitens des Ostblocks. Wir haben das im Fall von Kuba einmal zugelassen, und das war ein Fehler, den wir nicht wiederholen wollen.»

Das wäre eine genaue Analogie zu dem gewesen, was die Sowjetunion mit Finnland macht: «Ihr seid frei, aber ihr gehört nicht in die Einflusszone des Gegenlagers.» Dass Nicaragua seinerseits zur nordamerikanischen Einfluss-

zone gehört, das wäre dabei schon im Zusammenhang mit der Verantwortung der Vereinigten Staaten als mächtigste Nation der freien Welt einfach als Tatsache hingestellt worden, über die man nicht mehr zu debattieren brauchte als über die Zugehörigkeit Finnlands. Das wäre als Vorgehen sowohl ehrlich als auch richtig gewesen.

Stellen wir uns einmal vor, dass in Ländern wie Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei finnische Zustände herrschen würden. Die USA würden noch lange nicht bis zur Satellisierung gehen, wenn sie einem Land wie Nicaragua bloss finnische Zustände diktieren würden.

Statt dessen haben die USA zunächst gezögert und es dann mit den Contras versucht.

Was halten Sie von den Contras?

Wie bereits vorhin gesagt: ich halte nichts von den Contras. Schauen Sie, zum Zeitpunkt, als Kissinger in Managua war, haben die Contras das grösste Treibstofflager des Landes in die Luft gesprengt; das sind doch Aktionen, die ein armes Land nur noch ärmer machen. Die Führung der Contras ist zerstritten. Niemand weiss, welche Rolle eigentlich Pastora spielt, und erst kürzlich ist ja Arturo Cruz zurückgetreten. Aber die Bolschewiken haben immer einen Feind gebraucht, nach aussen und nach innen, um damit den dauernden Belagerungszustand zu rechtfertigen.

Wenden wir uns nun Mexiko zu, denn es wird immer deutlicher, dass dort eine Zeitbombe tickt. In Mexiko hat es seinerzeit eine Revolution gegeben, die eigentlich gar keine war, weil sie an den diktatorischen Zuständen so gut wie nichts veränderte. Seither ist immer die gleiche Partei an der Macht, die PRI. Die Wahlen in den letzten Jahren zeigen immer deutlicher, dass die Opposition ständig an Stimmen gewinnt. Indes denkt die herrschende PRI überhaupt nicht daran, die Macht zu teilen oder gar abzugeben. Die Spannungen wachsen, die wirtschaftlichen Nöte ebenfalls. Kürzlich haben Sie in der «Weltwoche» vom Gefahrenherd Mexiko geschrieben. Wie sieht ein aus Ihrer Sicht mögliches Szenario aus?

Ich habe in der Zeitung «El Pais» gelesen, die Mexikaner seien schon so verzweifelt, dass sie an gar nichts mehr glaubten, nicht einmal mehr an eine Revolution. Sie haben dergleichen ja schon wiederholt gehabt, und wohin hat es sie geführt? Mir scheint die Situation eigentlich hoffnungslos. Es gibt düstere Prognosen über Abermillionen von Mexikanern, die nach Texas oder Kalifornien flüchten. Man wird das dulden müssen oder wird es wegen der Durchlässigkeit der Grenze nicht verhindern können.

Besonders schlimm ist in solchen Situationen, dass die bolschewistisch geschulten Leute in einer politischen Krise ihre Interessen meistens durchzusetzen vermögen. Insofern haben die Kommunisten in Lateinamerika ihr letztes Wort noch nicht gesprochen.

Aber ich möchte nicht so sehr von einem möglichen Szenario sprechen als viel lieber von der so dringend nötigen Hilfe für diese Region.

Was gebraucht wird, ist wirtschaftliche, humanitäre und kulturelle Hilfe. Die ehemalige US-Botschafterin bei der UNO, Jeane Kirkpatrick, hat einmal gesagt: «Weshalb überlassen wir es den Kubanern, der Jugend in Nicaragua Lesen und Schreiben beizubringen?» Auch möchte ich den sogenannten Kissinger-Plan erwähnen, der vorsieht, diesen Ländern mit einer gewaltigen Summe Geld beizustehen. Aber das hat wiederum seine Schwierigkeiten. Die herrschenden Leute bekämpfen mit Geld nicht die Armut, sondern machen die Korruption noch grösser. Auch in Mexiko ist das so. Wir wissen, wieviel der Expräsident Lopez Protillo in Mexiko gestohlen hat. Verglichen mit dem heutigen Kissinger-Plan ist der seinerzeitige Marshall-Plan nur ein Taschengeld. Die Sache hat funktioniert – hier in Europa. Dort in Mexiko würde das Geld bloss versickern. Ich glaube, eine solche Hilfe lässt sich in Mittelamerika nur dann erfolgreich durchführen, wenn man zum Beispiel fähige nordamerikanische Hispanics damit betrauen würde. Aber dazu kann es unter der Reagan-Administration nicht mehr kommen.

Auf jeden Fall müssten die USA eine unvergleichlich positivere Rolle spielen als bisher. Darin scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft zu liegen; sonst kommt es zu Explosionen und Flächenbränden noch und noch. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost
Postcheck ZeitBild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—